Überblick[1]

Der IWF hat in seiner Juliprognose die Einschätzung über das globale Wirtschaftswachstum für das laufende und kommende Jahr deutlich gesenkt. Gründe für die Abwärtsrevisionen sind der andauernde Ukrainekrieg, gestörte Lieferketten, die „zero-COVID"-Politik Chinas und nicht zuletzt die hohe globale Inflation, insbesondere in den USA und Europa. Der IWF erwartet für 2022 ein Wachstum des realen BIP von +3,2% (-0,4 Prozentpunkte gegenüber seiner Aprilprognose) und für 2023 ein Wachstum von +2,9% (-0,7 PP). Es überwiegen weiter die Abwärtsrisiken, darunter die Unsicherheiten über die Energieversorgung Europas, höhere Inflation und Inflationserwartungen, weitere geopolitische Fragmentierung und verschärfte Finanzierungsbedingungen mit den daraus folgenden schuldenbezogenen Problemen für Schwellen- und Entwicklungsländer. In den USA sank das reale BIP (-0,2%) im zweiten Quartal 2022 zum zweiten Mal in Folge gegenüber dem Vorquartal. Die Inflationsrate blieb im Juli mit 8,5% weiterhin hoch. In China brach das Wirtschaftswachstum in Folge des Lockdowns von +4,8% (gegenüber dem Vorjahr) im ersten Quartal auf +0,4% im zweiten Quartal ein. Nach einem Wachstum gegenüber dem Vorquartal von 0,8% im ersten Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im zweiten Quartal 2022. Die Inflationsrate beschleunigte sich von 9,4% im Juni auf 10,1% im Juli. Bei den CESEE-Ländern schrumpfte das reale BIP im zweiten Quartal in Polen (-2,3%), Lettland (-1,4%) und Litauen (-0,4%), alle drei direkte Nachbarn der Ukraine. Robust entwickelte sich hingegen Kroatien (+2,0%), Slowenien (+0,9%) und die Slowakei (+0,4). Im Juli erreichte die Inflation der CESEE-Länder mit im Durchschnitt 14,6% erneut einen Höchststand.

Das reale BIP im Euroraum wuchs im zweiten Quartal um +0,6% gegenüber dem Vorquartal (Q1: +0,5%). Das Konsumentenvertrauen ist im August weiterhin schwächer als bei Ausbruch der Pandemie. Die Europäische Zentralbank erwartet in ihrer Septemberprognose für 2022 ein Wachstum von 3,1% (+0,3 PP im Vergleich zur Juniprognose), für 2023 0,9% (-1,2 PP) und für 2024 1,9% (-0,2 PP). Während sich die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2022 besser als erwartet entwickelte, trüben mögliche Probleme bei der Gasversorgung, steigende Energiepreise und die hohe Inflation den Ausblick. Die HVPI-Inflationsrate beträgt laut Schnellschätzung im August 9,1%, verglichen mit 8,9% im Juli. Die EZB erwartet eine HVPI-Inflationsrate von 8,1% (+1,3 PP) für 2022, 5,5% (+2,0 PP) für 2023 und 2,3% (+0,2 PP) für 2024. Die Aufwärtsrevisionen sind auf Angebotsschocks, höhere Energiepreise und Löhne sowie auf einen schwächeren Euro zurückzuführen.

Laut Schnellschätzung von Statistik Austria hat sich die HVPI-Inflationsrate Österreichs im August voraussichtlich auf 9,2% verringert (von 9,4% im Juli). Eine Trendwende in der Inflationsentwicklung dürfte damit aber nicht einsetzten, da wichtige Energieversorger (EVN, Wien Energie) im September 2022 drastische Erhöhungen der Strom- und Elektrizitätspreise vornehmen. In Österreich betrug das reale BIP-Wachstum im zweiten Quartal laut VGR-Schnellschätzung +1,5% gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde durch den privaten Konsum und Exporte bzw. der Erholung in der Gastronomie und Beherbergung getragen. Der OeNB-Exportindikator vom August weist auf ein hohes preisbedingtes Wachstum und eine sich abschwächende Dynamik hin. Das Konsumentenvertrauen bleibt im August nahe seinem historischen Tiefstand vom Juli 2022. Unternehmen bewerten die aktuelle Lage noch überwiegend positiv, jedoch schwächen sich die Zukunftserwartungen ab. Arbeitskräftemangel und Engpässe bei Material und Kapazität verbleiben auf hohem Niveau. Trotz leichter Anzeichen einer Abkühlung bleibt der Arbeitsmarkt weiter angespannt und der Lohndruck nimmt zu. Der OeNB-Wage Tracker deutet auf Lohnsteigerungen von über 6% hin.

[1] Autor: Richard Sellner (Referat Konjunktur).